

Bezugs-Preis:

Bierjährlich für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Botenlohn, für ganz Deutschland 9 Mk., Oesterreich 13 Kr. 82 Hll., Rußland 4 Rub. 55 Kop., Holland 7 Fl. 50 Gts.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband- Sendung 20 Mk. für das Bietesjahr.

Bestellungen werden angenommen: für England in London bei Aug. Siegle 30 Rime Street E.C. und Cowie & Co. 19 Grosvenor Street E.C.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Mit besondere Beilagen erscheinen:

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Diebstahlslisten der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Fertigungsstabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Übersichten.

Insertions-Gebühr:

Die vierzeilige Zeile 50 Pf. Restantenteil 1 Mk.

Fernsprecher:

Ant I, Nr. 243.

Telegraphen-Adresse: Börsen-Vom.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8, Kronenstraße Nr. 37. Ausnahme der Inserate: In der Expedition.

Vom Tage.

In der gestrigen Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung wurde der Regierungsrat und Abgeordnete Dominicus zu Straßburg i. Els. mit 44 von 62 abgegebenen Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt.

Das ungarische Abgeordnetenhaus hat die Generaldebatte über die Wankvorlage geschlossen.

Das Mittelbayerische Brauereien-Syndikat beschloß die Vereinigung mit dem Selmstedter Syndikat sowie mit dem größten Teil der Wittorf-Brauereien.

Im Dorfe Dobrowitz bei Werdau sind bedeutende Steinkohlengruben aufgedeckt worden, die eine französische Gesellschaft ausbeuten beabsichtigt.

Wahlwahlen.

Eine große Reihe von Wahlwahlen ist auch in der XII. Legislaturperiode des Deutschen Reichstages notwendig geworden. Ihre Ausgange soll uns heute gleichgültig sein, nur die Art der Wahlwahlen als solche soll uns heute beschäftigen. Denn selbst wenn augenblicklich Wahlsieg bei der Sozialdemokratie für die sozialdemokratische Partei sich entscheidet und damit deutlich genug die in den Wählermassen seit dem gegen die Sozialdemokratie so erfolgreichen Anfang dieses Reichstages eingetretene und immer mehr um sich greifende Mißstimmung aufzeigt, so darf man doch ruhig behaupten, daß in allgemeinen die Wahlwahlen keinen irgendwie entscheidenden Einfluß auf eine Verdrängung der Zusammenfassung und damit der Mehrheitsbildungen des Reichstages ausüben können. Daran ändert auch der augenblicklich so starke Erfolg der Sozialdemokratie nichts.

Einen wirklichen Nutzen hat also niemand von den Wahlwahlen.

Auch der dem Wesen des Parlamentes zugrundeliegenden Vernunft entsprechen die Wahlwahlen, wie sie jetzt gehandhabt werden, eigentlich nicht. Das Parlament wird gerade auf eine Reihe von Jahren, also auf eine längere Zeit gewährt, damit eine Steigerung in der beiderseitigen Arbeit von Regierung und Volksvertretung gewährleistet wird. Deshalb findet doch jede Wahl unter einer gewissen Parole der Regierung statt, damit das Volk durch die Wahl dazu Stellung nehmen kann, für oder wider, aber jedenfalls so, daß im allgemeinen die Richtlinien der künftigen Politik festgelegt sind. Das heißt: solche Parole sollte die Regierung eigentlich zu ihrem eigenen und aller Werten jedesmal ausgeben. Daß sie es lange nicht getan hat, hat ja so unendlich viel dazu beigetragen, daß die Bürger ihr entzogen sind und das Volk auf andere Parolen so willig gefolgt ist.

Zumergin, durch die Gesamtwahlen geht stets ein gemeinsamer großer Zug, mag er nun angeregt oder bestimmt sein, von dem er wolle. Erstwahlen aber stehen fast immer unter dem Einfluß einer Augenblicksstimmung in einseitiger Betonung lokaler Interessen.

Niemals und nirgends wird so kurzfristige Politik getrieben, werden so die Wählermassen umschmeichelt und ihre kleinen, oft recht kleintlichen Sonderinteressen gefährdet als bei den Wahlwahlen.

Dazu kommt, daß die Auswüche der Agitation auch wieder bei den Wahlwahlen am häufigsten ins Kraut schießen. Bei den Gesamtwahlen gebietet die Schärfe auf der ganzen Front ganz von allein die Grenzen der Machtenfaltung jeder Partei auf jedem Teile des Gesellschaftslebens, aber bei den Wahlwahlen kann jede Partei ihre ganze Stohkraft auf den partikularen Kampf in dem betreffenden Wahlkreis konzentrieren. Und das hat nachgerade zu unheimlichen Verhältnissen bei uns geführt, mit allen schädlichen Begleiterscheinungen solchen Verfahrens.

Wir haben Wahlwahlen gehabt, wo von den verschiedenen konkurrierenden Parteien über hundert Redner und Kandidaten in den Wahlkreis entsendet worden sind. Das ist ungesund. Einmal wird ein unfünftiger Aufwand an Geldmitteln notwendig, der in gar keinem Verhältnis zu dem möglichen Resultat steht. Und der noch immer demokratisierend auf die unteren Schichten der Bevölkerung gewirkt hat; so durch das Umschmeicheln der Massen, das doch in einem so starken Aufwande sicherlich liegt, und den nicht zu vermeidenden Schein einer gewissen Mäßigkeit der Stimmen. Aber noch viel schlimmer und verderblicher ist die Verheugung einzuschälen, die bei solchen Agitationsbetrieben von mehreren um den Sieg ringenden Parteien in einem Wahlkreis hineingetragen wird. Da kann der Einzelne die besten Absichten haben, den Kampf sachlich und vornehm zu führen, die Massenhaftigkeit des in Szene gesetzten Apparates macht die Durchführung unmöglich. Und besonders gilt hier auch zumeist das Wort, daß der Beste nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Wo so viele Köpfe in das Feuer blasen, muß der Topf überkochen. Die Verheugung jedes Redners jeder Partei bei solcher Wahlwahl, daß „ganz Deutschland“ — die schwungvolleren sagen sogar „ganz Europa“ und die schneidigsten „die ganze Welt“ — auf den Ausgang gerade dieses Wahlkampfes fähig, trägt auch nur dazu bei, die Erregung oft bis zur Strohhöhe zu steigern.

Den Haupterfolg haben allemal die Sozialdemokraten, wenn auch die bürgerlichen Parteien die Wähler an solche Monstreagitation gewöhnen. Denn mit den freiwilligen Agitationsfolgen der Sozialdemokraten und ihrem Fanatismus kann schließlich keine bürgerliche Partei konkurrieren.

Also: Die Wahlwahlen bringen auch dem Sieger keinen großen Nutzen, sie bringen aber der Allgemeinheit einen unbeschreiblichen großen Schaden. Materielle Werte werden in starker Menge vergeudet, ideelle ebenso mindestens sehr gefährdet, teils sogar vernichtet. An beiden schätzenswerten hat aber wieder eine Einzelpartei noch weitere politische Gesamtheit irgendwelchen erlernbaren Lebens.

Nun die Frage: wann treten Erstwahlen ein? 1. Bei Tod oder Mandatsüberlegung der Abgeordneten.

2. Bei Ungültigkeitserklärung der Wahl. In beiden Fällen könnten die Erstwahlen in ihrer jetzigen unangenehmen Ausgestaltung vermieden werden.

Im ersten Fall könnte bestimmt werden, daß die Partei, die in der Hauptwahl das Mandat erworben hat, nun auch im Besitz des Mandates bleibt, und daß sie nur in ihren Reihen die Neuwahl des Kandidaten trifft. Das würde höchstens für die eine Partei ein paar Vertrauensmännerversammlungen kosten und wenn um der Nachfolge willen ein gewisser Wettstreit auch entstehen würde — denn für sichere Mandate gibt es immer genug Bewerber — es würde das doch nur ein häuslicher Parteifreit sein und weitere Kreise unberührt lassen.

Sicherlich entspricht eine solche Wahl nicht der Verfassungskonvention; aber nachdem die Hauptwahl vorbestimmend erledigt ist und durch ihr Resultat die Meinung der Wähler gefaßt ist, dürfte vielleicht bei der Erstwahl darüber hinweggesehen werden können. Den tatsächlichen Verhältnissen würde solche Wählerabteilung sicher entsprechen, denn heute wählt doch die überwiegende Mehrheit die Parteistellung und nicht die Persönlichkeit des Kandidaten.

Noch einfacher erscheint eine Neubildung, wenn es sich um die Ungültigkeitserklärung einer Wahl handelt. Hier ist doch soviel viel verbesserungsbedürftig. Es ist z. B. direkt eine Farce, wenn im dritten oder vierten Jahre der Legislaturperiode ein Mandat für ungültig erklärt wird, nachdem der Mandatsinhaber die ganze Zeit hindurch vollberechtigt mitgearbeitet und abgetun hat. Nun plötzlich muß er raus und

der Kreis wird in eine Neuwahl geführt. Wie merkwürdige und verschiedenartige Praktiken haben sich ferner bei der Nachprüfung der Mandate schon gezeigt. Die Zusammenfassung der Prüfungskommission ist entscheidend und diese oft vom Zufall abhängig. Aber auch Uebereinkommen stillschweigender Art haben schon manchesmal über Mandate entschieden. Kurz, daß hier eine Aenderung notwendig ist, ist oft genug anerkannt und gefordert worden. Die Forderung geht hier zumeist nach einem besonderen, mit dem gewählten Reichstag gar nicht in Zusammenhang stehenden Gerichtshof, der sofort nach Erledigung der Gesamtwahl an die Prüfung der einzelnen Mandate geht, mit der Bestimmung, daß spätestens nach Ablauf der ersten Session endgültig die Mandate befähigt oder verworfen sein müssen. Die etwa notwendigen Nachwahlen müßten dann sofort mit ganz kurzer Fristgewährung erfolgen. Dazu gehört natürlich eine festumrissene Bestimmung, was geleglich erlaubt und was als unerlaubte Wahlbeeinflussung angesehen werden muß. Die Erfahrung unserer Parlamentswahlen ist nachgerade reich genug, um daraus die Grenzen für die Prüfungsbefugnisse zu finden.

Sicherlich werden immer wieder finstige Agitatoren kommen, die ein neues Trübsen oder Mitleiden zur Beeinflussung suchen und finden, aber in der Mehrzahl sind es doch immer wieder die bekannnten Methoden. Um aber überhaupt diesem unläuteren Wettbewerb ein Paroli zu bieten, würde m. E. folgende Bestimmung genügen: „Diejenige Partei, der unläutere Mittel zur ungesetzlichen Beeinflussung der Wähler nachgewiesen werden, sobald dadurch eine Nichtigkeitsklärung der Wahl und die Anberaumung einer Erstwahl notwendig wird, hat die Kosten aller Parteien in dem Erstwahlkampfe zu tragen.“

Das dürfte zichen. Nebenbei aber ist es ganz gerecht, denn was können die anderen Parteien in dem gerade betroffenen Wahlkreise dafür, daß durch die Sünden einer Partei der Wahlkampf mit seinen Unkosten von neuem heraufbeschworen wird. Noch einfacher und ebenso wirkungsvoll wäre es aber, wenn bei notwendig gewordenen Nichtigkeitsklärung einer Wahl der betreffende Abgeordnete (und damit doch seine Partei) ohne weiteres des Mandates verlustig erklärt wird, und der Kandidat, der bei dem Ergebnis der Hauptwahl an zweiter Stelle stand, in das Mandat eintritt. Dann wäre jede Nachwahl vermieden; und darin, daß doch bei solchen Verfahren meistens gerade die bekämpfte Partei, gegen die die ganze Wahlbeeinflussung ins Werk gesetzt worden ist, eben dadurch zum Siege und Mandate kommt, dürfte die beste Gewähr für Vermeidung solcher gefährlichen selbstmörderischen Ungeselligkeiten liegen.

Das sind Vorschläge, um die Diskussion des Themas überhaupt anzuregen, das dringend diskussionsbedürftig ist. Und an dem alle Parteien gleiches Interesse haben; denn mag auch heute diese und morgen jene Partei einen Mandatszuwachs durch eine Erstwahl erhalten, im allgemeinen gleicht es sich fast immer aus. Gleichmäßig leiden aber alle Parteien unter den Erstwahlen durch die großen Aufwendungen an Zeit, Geld, Arbeit, die fruchtbringender vermehrt werden können. Die Gesamtheit leidet unter der Verheugung, die die Wahlwahlen ganz besonders im Gefolge haben. Niemand wird aber behaupten wollen, daß Verheugung und Geschäftigkeit der Endzweck des politischen Kampfes ist.

Wenn die Gesamtwahlen unter großen Parolen alle fünf Jahre ausgefochten werden, meinetwegen mit aller Schärfe in den dann von ganz allein gebotenen Grenzen, die Zwischenzeit aber möglichst freigehalten wird von diesen Erstwahlen, die es nur zu guter Mährboden für kleinliche Politik mit größten Mitteln sind, dann dürfte darin sicher ein Fortschritt zu der so überaus notwendigen Gebildung unseres augenblicklich besonders häßlichen Parteilebens liegen.